LANDESPRESSEKONFERENZ

Personalabbau gefährdet innere Sicherheit

Magdeburg. Der Personalabbau in der Polizei und die Auswirkungen auf die innere Sicherheit Sachsen-Anhalts waren die Themen, mit denen sich die GdP am 30. März 2005 auf der Landespressekonferenz an die Öffentlichkeit wandte.

„Wenn das Land bei seinen Abbauplänen bleibt, ist das vergleichbar mit der kompletten Schließung von zehn Polizeirevieren. Die Dienststellen gehen jetzt schon auf dem Zahnfleisch“, sagte Thomas Friedrich, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender. Er verwies darauf, dass die Landesregierung plant, bis zum Jahr 2010 die Zahl von rund 8000 Polizeivollzugsbeamten um 1000 zu reduzieren.

Die Begründung der Landesregierung für den Personalabbau, die so genannte „Polizeidichteformel“, werde schon seit 1998 im Bundesmaßstab nicht mehr verwendet. Während die Landesregierung noch immer davon rede, so Thomas Friedrich weiter, setze man gerade in den alten Bundesländern die Anzahl der Polizeibeamten nicht mehr mit der Bevölkerungszahl ins Verhältnis, weil dies als Orientierungsmaßstab zu undifferenziert und damit untauglich sei. „Auch die Überlegung, als Maßstab für den Ländervergleich die Pro-Kopf-Ausgaben im Rahmen der inneren Sicherheit heranzuziehen, wurde als zu pauschal bewertet und ebenfalls verworfen. Deshalb wurde in der 5. Sitzung des Unterausschusses „Recht und Verwaltung“ (UARV) des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder im September 1998 beschlossen, auf bundesweite Angaben zur Polizeidichte zu verzichten,“ bemerkte Thomas Friedrich weiter. Die GdP forderte die Landesregierung auf, die personelle Ausstattung der Polizei basierend auf den Aufgaben und Belastungen aus Kriminal- und Verkehrsgeschehen zu errechnen.

Die Landtagsfraktion der PDS unterstützte die Argumente der GdP. Der innenpolitische Sprecher der Partei, Matthias Gärtner, mahnte, auf Statistik-Spielereien zu verzichten und sagte weiter: „Die Stimmung in der Polizei ist schlecht. Personalabbau, Haushaltskürzungen und Streichung des Weihnachtsgeldes sind dafür mitverantwortlich. Das gefährdet die öffentliche Sicherheit im Land.“

Die üblichen Töne waren dagegen aus dem Regierungslager zu hören. Der FDP-Innenexperte Guido Kosmehl warf der GdP vor, unnötig Ängste bei den Bürgern zu schüren. Er meinte, der Personalabbau beeinträchtige die innere Sicherheit nicht. Die Polizeistrukturreform vor zwei Jahren habe den wirksameren Einsatz der Beamten gefördert. Unsinnige Kleinststationen seien weggefallen und die Polizisten wären nun wieder näher am Bürger.

Thomas Friedrich (links) und Uwe Petermann bei einer Landespressekonferenz im vorigen Jahr.

Den Wahrheitsgehalt dieser Äußerungen kann jeder Polizeibeamte selbst beurteilen.

Lothar Jeschke

JUNGE GRUPPE

Bist du bereit für den Vorstand?

Der Vorstand der JUNGEN GRUPPE – GdP besteht nun bereits seit 2001.

Die Satzung sieht vor, dass alle vier Jahre der Vorstand neu gewählt werden muss. Aus diesem Grund werden wir voraussichtlich im Juli dieses Jahres eine Landesjugendkonferenz einberufen.

Grundvoraussetzung für eine aktive Tätigkeit im Vorstand ist unter anderem, dass der Bewerber bei seiner Wahl nicht älter als 35 Jahre ist. Deshalb müssen wir leider auch von unseren Vorständlern Holger Jungklaus, Sven Wolter und Tino Pareigis Abschied nehmen.

Nichtsdestotrotz wollen wir weiter aktiv bleiben und die Interessen unserer jungen Mitglieder vertreten. Mit diesem Aufruf wollen wir die anstehende Wahl schon einmal vorab publik machen und dir die Möglichkeit geben, dich als Delegierter bei uns zu melden bzw. dein Interesse an einer Funktion innerhalb des Vorstandes der JUNGEN GRUPPE – GdP zu bekunden.

Oder gehörst du zu den ewigen „Rumnörglern“ und „JA-Sagern“, von denen wir schon genug haben? Wenn nicht, dann melde dich!

Landesbüro der GdP
JUNGE GRUPPE
Halberstädter Str. 120
39112 Magdeburg

oder schicke eine E-Mail an:
gesine@jungegruppelsa.de

Alle Mitglieder der JUNGEN GRUPPE – GdP Sachsen-Anhalt erhalten in Kürze eine gesonderte Einladung zur Landesjugendkonferenz 2005.

Der Vorstand
JUNGE GRUPPE – GdP

FACHAUSSCHUSS K INFORMIERT

Wir müssen Qualitätssprung hinbekommen

Am Dienstag, 1. März 2005, traf sich der Fachausschuss Kriminalpolizei nach längerer Pause zu einer Beratung.

Im Namen des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes (GLBV) leitete Uwe Petermann die Zusammenkunft. Er forderte uns auf, neuen Schwung aufzunehmen und uns über die zukünftige Arbeit Gedanken zu machen. Wir ließen uns nicht lange bitten und waren schon nach wenigen Minuten mitten in einer sehr konstruktiven Diskussion.

Es wurde beschlossen, das Profil des Ausschusses neu zu definieren. Einigkeit herrschte darüber, dass es eine ganze Reihe von Problemfeldern gibt, die unsere Kollegen in den Reihen der Kriminalpolizei berühren. Diese wollen wir erörtern und unseren jeweiligen Standpunkt dazu erarbeiten.

Wir wollen uns aber auch zukünftig mit fachlich fundierten Beiträgen stärker zu Wort melden. Ausgewählte Schwerpunktthemen sollen erläutert werden. Dabei soll die aktuelle „offizielle“ Haltung der GdP einfließen. Als Forum ist die Landesausgabe unserer Gewerkschaftszeitung bestens geeignet. Kriminalisten sollen zukünftig regelmäßig Artikel aus ihrem Interessengebiet finden. Wir denken da an eine Rubrik „Der Fachausschuss K informiert“. So oder so ähnlich könnte man unser Vorhaben benennen.

Wie steht es zum Beispiel derzeit um die Forderung, den „genetischen“ und den „klassischen“ Fingerabdruck rechtlich gleichzustellen? Wie sind die Erfolgsaussichten, wo liegen die Probleme, was sagt der Fachausschuss Kriminalpolizei auf Bundesebene dazu?

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wollen wir einen Themenkatalog erarbeiten, der zu großen Teilen unseren Arbeitsplan für die nächste Zeit bestimmen wird.

Eines der wichtigsten Arbeitsfelder unseres Fachausschusses ist und bleibt die „Ausrüstung“ des GLBV mit schlagkräftigen Argumenten und Hintergrundwissen, wenn es um die Probleme der Kriminalpolizei geht. Unser Landesvorstand soll sich auf unsere Zuarbeiten verlassen können. Er soll wissen, worüber er spricht, wenn er die Interessen der Kriminalpolizei vertritt. Hier wollen wir einfach offensiver werden und neue Wege beschreiten.

Deshalb wird der Zeitraum zwischen unseren Beratungen drastisch verkürzt. Wir wollen uns einfach öfter treffen, um am Ball zu bleiben. Vorgesehen ist mindestens eine Sitzung pro Quartal.

Der Fachausschuss besetzte die Funktionen neu und wählte die langjährigen Mitglieder Rolf Strehler (Vorsitzender) und Bert Bog (Stellvertreter).

In den ersten Worten nach meiner Wahl machte ich deutlich, dass die Kriminalpolizei in uns ein Sprachrohr für ihre spezifischen Probleme finden muss. In diese Richtung gilt es aus meiner Sicht, den Fachausschuss zu profilieren. Dabei haben unsere eigenen Probleme, in unserem Bundesland, absoluten Vorrang. Wir haben in den vergangenen Jahren bereits gute Ansätze erreicht, müssen jedoch einen Qualitätssprung zu mehr Transparenz hinbekommen.

Man muss uns mehr wahrnehmen! Wir müssen uns deutlicher zu Wort melden!

Der Fachausschuss K muss ein unverwechselbares Profil erhalten.

Rolf Strehler

Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle:
Halberstädter Straße 120
39112 Magdeburg
Telefon: (03 91) 6 11 60 10
Telefax: (03 91) 6 11 60 11
E-Mail: lsa@gdp-online.de

Redaktion:
Lothar Jeschke (V.i.S.d.P.)
Bahndamm 4
06862 Thießen
Telefon (dienstlich): (03 91) 2 50-20 91
Telefax (dienstlich): (03 91) 2 50-28 52
(privat Telefon): (03 49 07) 2 09 32
(privat Fax): (03 49 07) 3 06 98
E-Mail: LJeschke@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG. DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-281X

BUCHTIPP

Wissenswertes aktualisiert

Wissenswerte Informationen und Hintergründe bietet auf neuestem Stand und in bewährter Qualität die 7. aktualisierte Neuauflage des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“.

Auf 284 Seiten werden neben beamtenrechtlichen Grundlagen und Informationen über beamtenpolitische Entwicklungen Erläuterungen aller wichtigen Themen des Beamtenrechts wie Besoldung, Arbeitszeit, Versorgung und Beihilfe vermittelt.

Das Taschenbuch ist ein unverzichtbares Handwerkszeug in der beamtenpolitischen Arbeit und eine praktische Hilfe im Alltag. Die komplizierten Rechtsvorschriften des Beamtenrechts werden verständlich erläutert und anhand von Beispielen anschaulich dargestellt. Tabellen und Grafiken machen die Faktenlage im öffentlichen Dienst transparent und überschaubar; Synopsen vermitteln einen Überblick über die Rechtslage im Bund und in den Ländern. Besoldungstabellen erleichtern den Überblick über die einzelnen Besoldungsordnungen. Zahlreiche Tipps und nützliche Checklisten machen das Taschenbuch zu einem handlichen Nachschlagewerk für Gewerkschaftsfunktionäre, Personalräte, Personalverantwortliche, Beamtinnen und Beamte und alle am öffentlichen Dienst Interessierten.

Gewerkschaftsmitglieder erhalten das Buch zu einem Vorzugspreis von 5,00 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandpauschale. Nichtmitglieder zahlen 7,50 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandpauschale.

Bestellungen:
Per Post: INFO-SERVICE, Höherweg 270, 40231 Düsseldorf
Telefonisch unter: 01 80/ 5 83 52 26, per Fax 01 80/5 32 92 26 oder im Internet unter www. beamten-informationen.de

MITARBEITERBEFRAGUNG

Nichtraucher besser schützen – Raucher nicht verdammen

In diesem Tenor antworteten die meisten Beschäftigten der PD Halle auf eine Umfrage des Personalrates im Februar und März.

Viele hundert Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich sehr aufgeschlossen und interessiert an diesem Thema, mit dem der Personalrat genau den richtigen Nerv getroffen hatte. Ein recht aussichtsreicher Weg für eine einvernehmliche Lösung für alle wurde beschritten.

Auch wenn viele von uns annehmen, dass ein generelles Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen bald Normalität sein wird oder nicht mehr lange auf sich warten lässt, wird übersehen, dass der Arbeitgeber aber bereits jetzt schon verpflichtet ist, nicht rauchende Mitarbeiter vor Tabakqualm und den gesundheitsschädigenden Einflüssen zu schützen.

Die GdP hilf Rauchern beim Entwöhnen. Die Anti-Tabak-Konvention der Weltgesundheitsorganisation ist seit einigen Wochen in Kraft und in der PD Halle wird eine Dienstvereinbarung unterzeichnet.

Große Politik oder sollen Nichtraucher tatsächlich wirksamer geschützt werden?

Nichtraucher brauchen einen besseren Schutz

Raucher haben Rücksichtnahme versichert und wir wollten auch nicht auf ein generelles Rauchverbot warten, sondern hauptsächlich ein besseres und gesünderes Miteinander und gegenseitige Rücksichtnahme fördern.

In einer Mitarbeiterumfrage wollten wir zunächst ergründen, welche allgemeine Meinung und Akzeptanz zum Thema Nichtraucherschutz besteht und welche Wünsche und Vorstellungen die Kolleginnen und Kollegen haben bzw. bereit sind, zu akzeptieren.

Mit der überwältigenden Reaktion hatten wir allerdings nicht gerechnet. Schon innerhalb von drei Tagen, nachdem die Umfrage bekannt wurde, kamen rund 300 Antworten zurück. Es meldeten sich unzählige Kolleginnen und Kollegen, die ihre Antwort nicht nur anonym abgeben wollten, sondern auch persönlich erläuterten.

In vielen Gesprächen und Antworten wurde sehr schnell deutlich, dass der Nichtraucherschutz gewünscht ist und viele Raucher bereit sind, sich einzuschränken. Konkrete Maßnahmen bei Verstößen gegen ein Rauchverbot in bestimmten Bereichen sind erwünscht und würden akzeptiert werden.

Eine genauere Auswertung dieser Umfrage können wir leider erst in einer der nächsten Ausgaben veröffentlichen.

Dem Polizeipräsidenten, Herrn Schumann, wurden die Umfrageergebnisse übergeben und die Forderung für einen besseren Nichtraucherschutz und einvernehmliche Lösungen bekräftigt.

Für den Personalrat Halle
Sybille Staliwe

Die Personalratsvorsitzende der PD Halle, Sybille Staliwe, übergibt die Ergebnisse der Mitarbeiterumfrage an den Polizeipräsidenten Walter Schumann.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe 7/2005 ist Sonnabend, **4. Juni 2005**.

Für die Ausgabe 6/2005 ist Redaktionsschluss am **Montag, 2. Mai 2005**.

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Die Landesredaktion

Nichtraucherschutz

Mit dem neuen § 5 Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) wurde ein, nicht auf Pausenräume beschränkter, Schutz der Nichtraucher gesetzlich normiert. Damit wurde im Interessenkonflikt zwischen Raucher und Nichtraucher eine Grundsatzentscheidung zugunsten des nicht rauchenden Arbeitnehmers getroffen.

Dies bedeutet, dass Arbeitnehmer ihr Recht auf einen rauchfreien Arbeitsplatz durchsetzen können. Der Arbeitgeber hat seiner Schutzpflicht durch bauliche, technische oder organisatorische Maßnahmen nachzukommen. Die Zeiten des „um Schutz bittenden Nichtrauchers“ sind eigentlich lange vorbei.

Möglich sind beispielsweise Trennung von Rauchern und Nichtrauchern, Schaffung von Raucherzonen. Er kann sogar ein allgemeines Rauchverbot erlassen. Eine Verpflichtung des Arbeitgebers, einen ungestörten Rauchgenuss zu gewährleisten, besteht hingegen nicht.

Gibt es aber keine Möglichkeit, den Arbeitsplatz für Raucher und Nichtraucher zu trennen, dann ist ein Rauchverbot auszusprechen.

Anti-Tabak-Konvention – Eine wirksame Hilfe im weltweiten Kampf gegen das Rauchen erhofft sich auch die Weltgesundheitsorganisation WHO von der Anti-Tabak-Konvention, die seit 27. 2. 2005 in Kraft ist. Zu den Hauptzielen der Konvention, die auch von Deutschland und weiteren 56 Ländern ratifiziert wurde, gehört es, Jugendlichen den Zugang zu Tabakprodukten zu erschweren, Menschen durch Werbeverbote und Warnungen vom Rauchen abzuhalten und Nichtraucher durch rauchfreie Zonen zu schützen.

Ein-Euro-Jobs auch bei der Polizei?

Ein-Euro-Jobs in der öffentlichen Verwaltung und auch bei der Polizei? Sind das nur Phantasien von Einsparungsfanatikern oder kann dies Realität werden? Diese Fragen stellen gleich zwei Kollegen aus den benachbarten GdP-Landesbezirken Brandenburg und Sachsen in den Landesteilen der Februar-Ausgabe 2005 der „Deutschen Polizei."

Während der stellvertretende sächsische Landesvorsitzende Peer Oehler das Thema vor dem Hintergrund der Koalitionsverhandlungen in seinem Bundesland analysiert, wird der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende aus Brandenburg, Dr. Andreas Bernig, konkreter. Er präsentiert eine Übersicht des Innenministeriums, in der schon mal die Aufgabenfelder für die Billig-Jobs benannt sind.

Die sächsische GdP kommt in ihrer Analyse zu dem erschreckenden Ergebnis, dass es für Ein-Euro-Jobs keine gesetzliches Tabu mehr gibt. Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass in Sachsen die Zahl der Beschäftigten von ca. 95 000 auf 80 000 reduziert werden soll. In der Polizei selbst sollen 2 000 Stellen abgebaut werden. Daraus ergibt sich, dass dieser Teil der Landesverwaltung nicht mehr in der Lage ist, alle notwendigen Aufgaben zu erfüllen. „Besonders im behördeninternen Service- und Verwaltungsbereich wird die Verwaltung bei diesem Beschäftigungsabbau schwer arbeitsfähig bleiben können," so Peer Oehler. Weiter schreibt er: „Die Hartz-IV-Gesetzgebung geht davon aus, dass Empfänger von Arbeitslosengeld II angebotene Arbeiten annehmen müssen und schließt den Bereich der Verwaltung nicht aus, wenn der öffentliche Arbeitgeber die Erledigung von Arbeiten mit eigenem Personal nicht finanzieren kann und diese dem Gemeinnutz dienen. Diese Arbeiten könnten dann Empfängern von Arbeitslosengeld II auf der so genannten Ein-Euro-Job-Basis angeboten werden."

Beispiele dafür gibt es auch schon in Rheinland-Pfalz. Dort funktioniert es so: Die Bereiche bekommen Haushaltsbudgets, die nicht ausreichen. Deshalb müssen sie Personal abbauen. Die liegen gebliebene Arbeit lässt man dann von Arbeitssuchenden auf der Basis von Ein-Euro-Jobs verrichten. So wird es schon in Koblenz praktiziert, wo gegenwärtig drei Arbeitslose in einer Telefonzentrale, einer Bibliothek und als Hausmeister arbeiten.

Während in Sachsen die GdP die Staatsregierung fragt, ob so etwas wie in Rheinland-Pfalz auch dort möglich ist, werden in Brandenburg vom Innenministerium schon folgende mögliche Aufgabenfelder für die Ein-Euro-Jobs benannt:

Unterstützung der Ordnungsbehörden
- Begehen des Zuständigkeitsbereichs der Ordnungsbehörden, Feststellung von Graffiti, von Sachbeschädigungen an öffentlichen Einrichtungen und von unerlaubter Abfallentsorgung,
- Unterstützung bei der Verhinderung von Straftaten und bei der Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürger,
- Begehen von Örtlichkeiten mit einem hohen Kriminalitätsaufkommen und von Angsträumen,
- Schulhof- und Schulwegsicherung, Schulbusbegleitung,
- Begleitung von Personen, die Angriffe befürchten, z. B. bei ihren Besorgungen

Instandhaltung von Polizeitechnik und Liegenschaften
- Reparatur- und Werkstattfahrten

Reinigungs- und Pflegearbeiten in der Einsatztechnik
- Haus- und Hofarbeiten, Grünflächenpflege und -gestaltung,
- Innenreinigung und Aufbereitung der zur Versteigerung anstehenden PKW, damit ein höherer Verkaufserlös erzielt werden kann,
- großflächige Wegereinigung/Schneeberäumung der öffentlich zugänglichen Flächen, insbesondere bei Publikumsverkehr

Tätigkeiten im Präventionsbereich
- Erarbeitung regionaler Präventionskonzepte,
- Unterstützung des Landespräventionsrates durch Erledigung von Bürotätigkeiten und durch kreative, neue Ideen,
- Durchführung von Bürgerbefragungen zum subjektiven Sicherheitsgefühl und zu Angsträumen oder um Anregungen und Wünsche der Bürger für die polizeiliche Tätigkeit zu ermitteln,
- Unterstützung der Sicherheits- und Präventionsberater bei ihrer Arbeit,
- Mitarbeit bei der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Erarbeitung von Konzepten für eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Schule, Justiz, Polizei und Gesundheitswesen zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und Misshandlung,
- Durchführung von Präventionsprojekten im Bereich der Jugenddelinquenz

Ausbildung und Fortbildung von Polizeivollzugsbeamten
- Sprachausbildung (z. B. Englisch) für den Wach- und Wechseldienst, den Verkehrsdienst und sonstige interessierte Beamte, die einen entsprechenden Bedarf haben,
- Leitung freiwilliger Zusatzarbeitsgemeinschaften im Bereich Recht (Staatsrecht, Eingriffsrecht, Europarecht etc.),
- Fortbildung in den Bereichen Rhetorik und Verhandlungsführung

Sport für Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeschäftigte
- Übungsleiter für den Dienstsport,
- Übungsleiter für Gesundheits- und Präventionssport (Rückenschule, Verhinderung von Haltungsschäden)

Unterstützung der Serviceleistungen der Polizei
- bei der Durchführung von Verkehrsteilnehmerschulungen und von Verkehrserziehungsmaßnahmen,
- bei der Fahrradcodierung,
- City-Guides als Ansprechpartner für den Bürger an Bahnhöfen und in Stadtzentren, um Hinweise auf Missstände entgegen zu nehmen, einfache Auskünfte zu erteilen, z. B. wo man Behörden oder Einrichtungen findet.

Die Behörden und Einrichtungen der Polizei wurden aufgefordert, weitere Arbeitsgelegenheiten zu benennen.

In der Verwaltung Brandenburgs sollen bis zum Jahr 2009 8 000 Stellen abgebaut werden. Es besteht die konkrete Gefahr, dass die entstehenden Personalengpässe über Hartz IV mit Billiglohnkräften, die neben 331 Euro Arbeitslosengeld II für ein bis zwei Euro pro Stunde arbeiten, ausgeglichen werden sollen. Die gesetzlichen Möglichkeiten lassen dies jedenfalls zu. Und die Erfahrung lehrt, dass das, was gesetzlich möglich ist, auch realisiert wird. Die GdP-Landesbezirke Sachsen und Brandenburg haben den Landesregierungen ihre Ablehnung schon signalisiert und Widerstand angekündigt. Setzen wir uns alle in der GdP dafür ein, dass die geschilderten Horrorszenarien niemals Wirklichkeit werden. Der Staat als Lohndrücker? Das darf nicht sein! Sachsen und Brandenburg liegen in unserer Nachbarschaft.

Lothar Jeschke

LESERBRIEF

Das verschwundene Wort

Am 4. Februar 2005 verschwand ein Wort. Dabei handelte es sich nicht etwa um ein unbedeutsames oder sinnloses Wort. Es war keines dieser nichts sagenden Worte, die nur benutzt werden, um Sätze zu füllen. Das Wort, welches aus dem Sprachgebrauch verbannt worden war, hieß „freiwillig“.

Viele Worte haben mehrere Bedeutungen und sind deshalb missverständlich. Das Wort „freiwillig“ gehört nicht zu diesen. Es ist in seiner Aussage eindeutig. Ich gehe freiwillig zur Wahl oder ich wähle nicht. Ich wurde freiwillig Polizist. Und noch bis zum 4. Februar 2005 konnte ich freiwillig zur Justiz wechseln – oder eben nicht.

An dem 4. Februar 2005 nun, erzählte mein Chef bei der morgendlichen Lage das Drama „Wechsel zu Justiz“ weiter. Fast hätte es keine Neuigkeiten gegeben. Altbekanntes wurde wiederholt. Und doch war irgendetwas anders. Richtig! In den Erzählungen fehlte plötzlich das Wort „freiwillig“.

Bis zu diesem Morgen war zu vernehmen, dass Polizeibeamte freiwillig ihren erlernten Beruf aufgeben, und noch einmal von vorne in einem anderen anfangen könnten. Viele hatten sich nach meiner Wahrnehmung nicht dazu entschlossen. Warum auch? Kein Problem, könnte man meinen. Wer nicht zu uns kommen möchte, den wollen wir nicht – so jedenfalls die Stimmen aus den Reihen der Justiz.

In dem neuen, am 4. Februar aufgeschlagen Kapitel, klang es nun so: „Eine festgelegte Zahl von Beamten müsse zur Justiz wechseln“. Hatte ich mich verhört? Nein! Mein Chef benutzte tatsächlich das Wort „freiwillig“ nicht mehr. Wie von Geisterhand war es verschwunden und an seinen Platz war ein „muss“ getreten. Klammheimlich hatte sich das wohlklingende Wort aus dem Staube gemacht. Oder war es verjagt worden? Wenn ja, von wem?

Nun werden einige ältere Kollegen einwerfen, dass sie es ja schon immer gewusst hätten. Schließlich seien sie lange genug dabei, um schon frühzeitig zu erkennen, ob bei der Polizei aus einem „freiwillig“ ein „muss“ wird. Und tatsächlich gab es schon beim ersten Kapitel solche argwöhnischen Stimmen. Ich schenkte ihnen aber keinen Glauben. Schließlich ließ das Wort „freiwillig“ keinen Spielraum für unterschiedliche Deutungen.

Wer hat nun Schuld am Verschwinden des Wortes „freiwillig“? Sollten womöglich einige wenige Eingeweihte in den Ministerien schon immer gewusst haben, dass es ein „freiwillig“ nicht für jeden Beamten geben kann. Hatten diese Wissenden es tatsächlich geschafft, den wahren Ausgang des Dramas bis zum Schluss geheim zu halten? War da monatelang der gesamte Personalbestand der Polizei verar...., oh Entschuldigung – ich meine natürlich: Über die wahren Pläne im Unklaren gelassen worden? Dienten die scheinbar unverfänglichen, aber bereits nicht mehr ganz so „freiwilligen“ Informationsveranstaltungen denn nur dazu, die Beamten einzulullen? Wurden gar durch geschicktes Taktieren der Ministerien all jene hingehalten, die nun gegangen werden?

Wenn es bis zum Schluss solch eine eiserne Geheimhaltung gab, verdienen die Insider ein dickes Lob. Nichts drang vorher nach draußen. Lange wiegten sich die Beamten in Sicherheit. Jeder Bedienstete tat weiterhin seine Arbeit. Gelegentliches Murren hier, ein höhnisches Lachen dort aber offenen Protest gab es nicht.

Ein fader Beigeschmack bleibt. Wo waren bei all diesen unfairen Spielchen die Stimmen der Vorgesetzten? Verhallten kritische Rufe von Dienstgruppenleitern und Revierleitern im Nirgendwo? Oder – was freilich noch schlimmer wäre – gab es derartige Stimmen gar nicht? Kann es sein, dass das Täuschungsvirus mutiert und von der Politik auf die Polizei übergesprungen ist und nun nach und nach alle Beamten befällt? Hoffentlich nicht!

Diese Hoffnung stirbt zuletzt und so gehe ich weiter meiner Arbeit nach, wohl wissend, dass bei der Polizei nur die Beschuldigten ungestraft lügen dürfen.

Ralf Schmidt

So entstand die Bereitschaftspolizei Halle

Wenn man Geschichte schreibt, dann muss diese auch stimmen. Da fand ich in unserer „Deutschen Polizei“, Landesjournal Sachsen-Anhalt, eine Traueranzeige zum Abschied der Landesbereitschaftspolizei Halle/Saale. Sicher eine traurige Angelegenheit. Der Verfasser dieser Trauernachricht verlegte die Geburt der Hallenser Bereitschaftspolizei auf das Jahr 1953. Sicher war er da noch nicht auf der Welt, sonst hätte er die genauen Daten. Ich selbst war lange Zeit als Unterführer und später als Innendienstleiter in der schönen „Fliederwegskaserne“.

Am 25. März 1952 ging ich durch die Wache – es war noch eine Holzbude bzw. Wachbaracke. Im Objekt gab es zwei Gebäude, links war noch die Verwaltung des Saalkreises tätig. Erst im Jahr 1953 übernahm man dieses Gebäude. Im roten Backsteingebäude in der Mitte, wo sich unter dem Dach die Küche, die Speisesäle und die Kammern befanden, war später die 12. Bereitschaft Halle untergebracht. Der Stab dieser Einheit befand sich im Erdgeschoss.

Fortsetzung auf Seite 8

Angehörige der 6. VP-Bereitschaft Halle beim Kohleeinsatz im harten Winter 1978/79 im Tagebau Mücheln/Kayna.

„Trick und Kick“ im Schulsport

Fußballverband Sachsen-Anhalt e. V. (FSA) mit Blick auf die Fußball-WM 2006 eine Präventionsaktion unter der Bezeichnung „Trick und Kick“ mit Schülerinnen und Schülern der 1. und 2. Klassen an Grundschulen in Sachsen-Anhalt durch.

Mit der Aktion verfolgt der FSA das Ziel, durch ein zusätzliches sportliches Angebot etwas gegen die zunehmende Bewegungsarmut und Übergewichtigkeit unter den 6- bis 9-Jährigen zu tun. Der gesundheitsfördernde Präventionsansatz wurde dabei zunehmend mit der Unfallprävention verknüpft, und so entstand Ende 2004 die Idee, Aspekte der schulischen Verkehrserziehung/Schulwegsicherheit in die Aktion einfließen zu lassen. (Weitergehende Informationen sind unter dem Link „Projekte“ auf der Internetseite des Fußballverbandes Sachsen-Anhalt www.fsa-online.de zu finden.)

Seit Januar 2005 unterstützen Polizeibeamtinnen und -beamte aus den Polizeidirektionen den FSA beim nunmehr modifizierten Projekt „Trick und Kick im Schulsport – aber nicht auf dem Schulweg”. Inhaltlich sind während eines zweistündigen sportlichen Wettbewerbs zwischen den Mannschaften aus zwei Schulen Bewegungsspiele angesagt. So treten zunächst die Erstklässler an. Nach fünf Staffelspielen folgt eine Quizrunde (neben Fragen „rund um den Fußball“ stehen hier unter „Polizeibeteiligung“ fünf altersgerechte Fragen zum richtigen Verhalten im Straßenverkehr an), gefolgt von weiteren fünf Staffelspielen. Der daran anschließende sportliche Wettstreit zwischen den 2. Klassen erfolgt analog. Unter den Anfeuerungsrufen eines breiten Publikums von Eltern, Lehrern und Mitschülern werden die einzelnen Wettkämpfe, egal ob Slalomdribbling oder Zielstoß/-wurf, Rolle vorwärts oder einfach nur schnelles Krabbeln durch den Kriechschlauch usw. von den Aktiven mit großer Begeisterung ausgetragen. Auch bei den Quizfragen verfolgen die 6- bis 9-Jährigen aufmerksam das Geschehen und versuchen hier engagiert für ihre Schule zu punkten. So manche Träne zeigt mehr als deutlich, mit welchem Elan sie bei der Sache sind! Die Bewertung erfolgt nach einem zentralen Punktesystem und das kann letztlich bedeuten, dass möglicherweise nur die Mannschaft gewinnt, die auch (altersgerecht) „fit“ im Straßenverkehr ist. Ziel der Aktiven ist zum Schuljahresende die Teilnahme am großen Finale.

Mit großer Begeisterung sind die Schüler bei „Trick und Kick“ im Schulsport bei der Sache.

Insgesamt erfreut sich das Projekt bei den Grundschulen wachsender Beliebtheit und bereitet den Kindern augenscheinlich riesigen Spaß. So wurden allein im Schuljahr 2003/2004 fast 90 Veranstaltungen durchgeführt, das Schuljahr 2004/2005 lässt auf ein ähnlich gutes Ergebnis hoffen. Für die Polizei eine hervorragende Möglichkeit, landesweit bei den Kindern verkehrserzieherisch „am Ball“ zu bleiben. Übrigens, die fröhlichen Gesichter der Kinder sind der schönste Dank für alle Mühen!

Jörg Kuske, TPA LSA, Dez. Verkehrsprävention

MMORPG – Suche zwischen Realität und Spiel

Erst war Andreas Handelspilot, später Jäger in den Abwasserkanälen und dann ließ er einfach die Seele auf Tatooine baumeln.

Die ganzen Jahre, entweder als Zwerg, Elfe oder als Krieger, liebte er es einfach in eine Welt hineinzutauchen, als ob man im Kino wäre, nur man ist selber Teil des Ganzen, Teil eines Spieles.

Dieser Lebenslauf ist für MMORPG-Fans keine Seltenheit. Die anderen ziehen mit dem Rucksack durch die Welt oder knutschen die Mädels während der Party ab, aber Andreas zieht es in die fantastische Welt von Tatooine. Hinter der Abkürzung MMORPG verbirgt sich eine neue – eine zweite Realität, eine Art Parallelwelt.

Massive Multiplayer Online Roleplaying Game ist eigentlich nur ein Online-Rollenspiel. In den späten Abendstunden treffen sich Hunderttausende in der Galaxie von Star Wars oder in den zahlreichen anderen Welten. Sie alle sind Teil einer Parallelwelt und leben hier mehrere Stunden am Tage. MMORPG ist eine ganz andere Welt. Die geschichtlichen Wurzeln dieses Phänomens sind eigentlich das Rollenspiel.

Gegen eine monatliche Gebühr von 10,00 Dollar haben sich die Spieler versammelt. Häuser bauen, Monster bekämpfen und vor allem gemeinsam mit anderen Spielern zu kommunizieren, stand im Vordergrund. Das Spiel bekam durch jeden anderen Mitspieler seine eigene Dynamik. Sei es durch die einzelne Handlung, Moralvorstellung und durch das Entdecken der Welt. Da jeder User Bestandteil des Ganzen ist, kommt auch jede Entdeckung eines Einzelnen den anderen zugute (vor allem wenn man auf der selben Seite kämpft).

Seitdem hat sich viel getan. Klar, die Technik hat sich weiter entwickelt aber dadurch sind die

PRÄVENTION

Möglichkeiten noch besser geworden. Der Grad der Realität ist gestiegen. Andreas findet diese Form von Spielen auch noch mit 26 Jahren klasse: „Diese Spiele sind einfach nur gut gestaltete Chaträume.“ Damit hat er eigentlich recht. Für Außenstehende sind die Abkürzungen und Tastenkombinationen kaum einsehbar. Dem Spieler wird dadurch aber Geduld und ein gutes Gedächtnis abverlangt.

Spiel bringt auch Gefahren mit sich

Andreas gibt aber auch zu bedenken, dass „diese Form des Spiels auch Gefahren mit sich bringt, es ist wie im Film Matrix. Und je nachdem wie glaubhaft die Welt ist, umso mehr tauchst du darin ab und vier bis sechs Stunden spielen ist keine Seltenheit. Und ohne es zu merken hast du online deine Welt eingerichtet aber der Abwasch stapelt sich trotzdem in der Küche“.

Die Hersteller verdienen an den monatlichen Gebühren des Spieles. Sie versuchen den Spieler mit immer neueren Sachen an das Spiel zu binden. Geld stinkt ja bekanntlich nicht.

Onlinespielen ist schon durchaus ein Massenphänomen. Es gibt Nächte, wo mehr als 40 000 Menschen vor dem Computer sitzen und in die Welten von Everquest, Star Wars Galaxies, Anarchy und Online abtauchen.

Andreas trifft sich jetzt öfter mit seinen „Online-Freunden“ und man redet nicht nur über das Spiel. Dabei hat er sich selber klare Regeln aufgestellt, so als eigenen Schutz. Und wenn es Andreas wieder mal langweilig wird, stellt er sich an einen See auf Tatooine, nicht allein, sondern mit Freunden aus Japan oder Amerika. Einer seiner Freunde kann Feuer machen, der andere kocht und später diskutiert man über Politik. Eigentlich eine Welt, die unserer immer ähnlicher wird und hoffentlich nicht so verrückt ist wie die reale Welt.

Wilfried Mario Just

LESERBRIEF

Fortsetzung von Seite 5

Die neuen Objekte Wache, Küche mit Speisesälen, dahinter das Sani-Gebäude, die Garagen und auch das Unterkunftsgebäude mit dem Stab der 6. Bereitschaft entstanden erst Anfang bis Mitte der sechziger Jahre. Schon 1956 gab es in beiden Gebäuden eine S-Einheit und eine Mot-Einheit der neu aufzubauenden Inneren Truppen.

Alle Wacheinheiten aus Halle, Schwerin, Potsdam, Erfurt und Dresden hatten speziell nur Sicherheitsaufgaben wahrzunehmen. Magdeburg hatte zu dieser Zeit noch keine Inneren Truppen bzw. Wacheinheiten. Die Aufgaben wurden von Halle aus übernommen. In Magdeburg wurde 1955/56 zunächst eine Einheit in der Berufsschule Salzelmen untergebracht. Später kamen die Standorte Rothensee und Prester dazu.

Obwohl die Inneren Truppen erst am 1. Mai 1955 unter Generalmajor Ottomar Peck entstanden, erhielten sie am 1. Mai 1956 den offiziellen Namen „Bereitschaftspolizei“, der diese Formationen als Polizeiorgane ausweisen sollte. Dies geschah aus taktischen Gründen und natürlich wie immer nach sowjetischem Vorbild. Das zentrale Führungsorgan hieß nunmehr „Verwaltung der Bereitschaftspolizei“. Meines Erachtens nach wäre das korrekte Geburtsdatum also der 1. Mai 1956. Oder will man die Jahre der Wacheinheiten des MfS bzw. der Inneren Truppen des MfS von 1952 bis 1956 dazurechnen? Ich möchte jedenfalls dort nicht wieder Wache stehen. Es waren nämlich die Jahre 1952 bis 1956.

Übrigens war die Fliederwegskaserne im Dritten Reich eine Feuerwerker-Schule, dann beheimatete sie die Wacheinheiten des MfS bis 1956 und danach die Bereitschaftspolizei bis 2005.

Martin Händler

Großer Preis der Türkei Istanbul
19.08. - 21.08.2005

Erstmals findet am Bosporus ein F1 Grand Prix statt. Seien Sie bei der Premiere live dabei! Erleben Sie die Formel 1 in Istanbul, bei der die Fahrer das Rennen wie in Imola und Interlagos gegen den Uhrzeigersinn bewältigen müssen. Diese modernste Rennstrecke der Welt befindet sich auf der asiatischen Seite, im Stadtteil Kurtköy. (Entfernung zur Rennstrecke ca. 70 km)

Leistungen bei Eigenanreise
- 3 Übernachtungen inkl. Frühstück
- Rennstreckentransfer am 20.08. und 21.08.
- DERTOUR Reiseleitung
- DERTOUR Tickethalter und Ohrstöpsel

Hotel Berr***
Das Hotel ist ca. 15 km vom Flughafen entfernt und verfügt über ein Restaurant, Bar, Türkisches Bad, Sauna und Fitnessraum. Die Zimmer sind mit Telefon, TV und Föhn ausgestattet.

Preis p. P.: ab 299,00 €
Preis gilt bei Eigenanreise
Eintrittskarten ab 152,00 €

Leichtathletik WM Helsinki
11.08. - 14.08.2005

Helsinki ist vom 06. bis 14. August dieses Jahres Schauplatz der Leichtathletik-Weltmeisterschaft. Seien Sie hautnah dabei, wenn die weltbesten Sportler in der nordischen Metropole ihre Kräfte messen und die Stimmung im Stadion anheizen. Wer live dabei sein möchte, der sollte sich schon jetzt seine Eintrittskarten sichern und auch sonst hat Helsinki vieles zu bieten.

Leistungen bei Eigenanreise
- 4 Übernachtungen inkl. Frühstücksbuffet
- Stadtrundfahrt
- DERTOUR Reiseleitung

Hotel Presidentti *+**
Das Hotel befindet sich in zentraler Lage nur 300 m vom Bahnhof entfernt und verfügt über ein Restaurant, Bar, Sauna, Swimmingpool. Die Zimmer sind mit TV, Radio, Föhn, und Minibar ausgestattet. (15-30 Gehminuten zum Stadion)

Preis p. P.: ab 830,00 €
Preis gilt bei Eigenanreise
Eintrittskarten ab 463,00 €

Nur bei uns erhalten Sie Ihren Reisekostenzuschuss.

PSW Reisen
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden
Tel.: (0351) 2 60 50-81/-82

Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Tel.: (035204) 687 31

Ihre Urlaubshotline: 0180 / 1357531
Deutschlandweit zum Ortstarif!